

Herr Strack verweist auf eine Tischvorlage zu den Haushaltszahlen. Die Vorlage sei erst kurz vor der Sitzung aufgrund neuen Zahlenmaterials entstanden. Das dem Hauptausschuss vorliegende Papier sei damit leider überholt. Die Tischvorlage ist als **Anlage 1** dieser Niederschrift beigelegt.

In der Folge erklären Herr Strack und Frau Sonntag die Zusammenhänge.

Gestern, so Herr Strack, seien zwei weitere Steuerbescheide eingegangen. Das führe in 2007 zu rund 1 Mio. Euro weiterer Gewerbesteuererinnahme. Hierdurch ergäben sich Auswirkungen auf das zunächst zusammengestellte Zahlenmaterial. Zwar erfolge zugegebenermaßen die neue Vorlage sehr kurzfristig, andererseits sei es die Pflicht der Verwaltung, Rat und Ausschuss aktuelle Zahlen vorzulegen.

Herr Strack erläutert im weiteren die Ergebnisse auf der letzten Seite der Vorlage. Im Gegensatz zum Ursprungsentwurf ist der Haushaltsentwurf in 2007 auch strukturell ausgeglichen. Der Entwurf sieht einen Überschuss in Höhe von 536.000 Euro im Verwaltungshaushalt vor, der allerdings der allgemeinen Rücklage zuzuführen ist. Phänomen seien die sehr hohen Gewerbesteuererinnahmen, die allerdings auch in Zusammenhang mit den Schlüsselzuweisungen zu sehen seien.

Das Jahr 2008, so Herr Strack weiter, schließe strukturell mit einem Fehlbetrag von 3,3 Mio. Euro ab. Zwar seien die Zahlen der Gewerbesteuer deutlich verbessert, müssten aber für die kommenden Jahre wieder auf realistische Größen geschätzt werden. Mit dieser Entwicklung verbunden sei der systembedingte Rückgang der Schlüsselzuweisungen.

Frau Sonntag ergänzt, dass der tatsächliche Ausgleich in 2008 bei einem Minus von rund 1,5 Mio. Euro liege. Dem zugrunde liege die Entnahme der beiden Überschussbeträge (rund 1,3 Mio. Euro aus 2006 und rund 500.000 aus 2007 nach heutigem Planungsstand) aus der allgemeinen Rücklage. Anhand der Zahlen aus der Vorlage verdeutlicht Frau Sonntag, dass der strukturelle Ausgleich erstmals 2009 erreicht werden könnte und der tatsächliche Ausgleich in 2011.

Herr Strack erklärt, dass man sich trotz der überraschend positiven Entwicklung nach wie vor in einem nicht genehmigungsfähigen HSK befinde. Dies jedenfalls sei die Auffassung der Kommunalaufsicht, da die im ursprünglich beschlossenen Haushaltssicherungskonzept angestrebten Ziele, z.B. den strukturellen Ausgleich in 2008, nicht eingehalten würden. Die Auffassung sei nicht nachzuvollziehen und stoße auf Unverständnis. Man werde aber weitere Telefonate führen. Das Thema sei noch nicht vom Tisch.

Es ergeben sich verschiedene Wortmeldungen.

Herr Tandler kritisiert das Verfahren. Dem Rat werde zugemutet, sich innerhalb kurzer Zeit nun mit dem dritten Haushaltsentwurf auseinander zu setzen. Der Vorwurf richte sich aber nicht gegen den Kämmerer, sondern gegen den Bürgermeister. Die positive Entwicklung der Wirtschaft sei frühzeitig abzusehen gewesen und so auch stets in den Medien propagiert worden. Seine Fraktion habe frühzeitig hierauf hingewiesen und angemahnt, den Entwurf später einzubringen. So seien die bisherigen Entwürfe bereits fraktionsintern beraten worden. Nun habe man ein Problem mit dem Zeitablauf. Außerdem habe er den Bürgermeister im Dezember angeschrieben und gebeten, aktuelles Zahlenmaterial vorzulegen. Da eine Antwort ausgeblieben sei, bittet Herr Tandler den Bürgermeister, Mails oder Schreiben künftig zu beantworten.

Der Bürgermeister weist die Vorwürfe zurück. Eine frühzeitige Einbringung ergebe auch eine frühzeitige Beschlussfassung über den Haushalt. Dies wiederum ermögliche, notwendige Investitionsmaßnahmen baldmöglichst in Angriff nehmen zu können. Als Beispiel nennt der Bürgermeister geplante Maßnahmen an den Schulen. Die positiven Entwicklungen seien wohl qualitativ absehbar gewesen, in keiner Weise jedoch quantifizierbar.

Herr Duldhardt fragt noch einmal nach einer möglichen Entlassung aus dem HSK.

Herr Strack bestätigt seine getroffene Aussage und ergänzt, dass die Kommunalaufsicht beim Haushaltsausgleich auf Nachhaltigkeit setzt. Diese werde dort bei der allerdings „nur“ systembedingten (Absenkung der Schlüsselzuweisungen) Entwicklung nicht gesehen. Die Aussage der Kommunalaufsicht sei in der Welt und auch mit der Bezirksregierung abgestimmt. Nichts desto trotz werde man weiter nachhaken.

Herr Diwo bedankt sich zunächst bei der Kämmerei für die kurzfristige Reaktion auf die neuen Zahlen. Die Entwicklung sei aber abzusehen gewesen. Nun werde auch noch die Schulentwicklung ins Feld geführt. Allerdings seien auch die Zahlen aus dem neuen Schulentwicklungsplan zu berücksichtigen. Ggf. seien hieraus ganz andere Schlussfolgerungen zu ziehen.

Der Bürgermeister erklärt, dass unabhängig vom Schulentwicklungsplan Handlungsbedarf da sei, in welcher Zeitschiene und in welcher Größenordnung sei eine andere Sache. So habe er in seinen vorherigen Ausführungen die Schulen als Beispiel genannt. Es gehe aber auch um andere Investitionen. Auf weitere Frage von Herrn Diwo, erklärt der Bürgermeister, dass man selbstverständlich nach Einbringung des Haushaltes nicht mit Planung oder Bau von Maßnahmen begonnen habe, sondern den Beschluss des Haushaltes abwarte.

Auf Frage von Herrn Liene erklärt Herr Strack die Absenkung der Gewerbesteueransätze in den Folgejahren. Bei der Gewerbesteuer seien zwei Komponenten zu berücksichtigen. Die Firmen würden einen Abschlag für das laufende Jahr bezahlen und nach Steuerprüfung zu den Nachzahlungen veranschlagt. Die hohen Nachzahlungsbeträge der vergangenen eineinhalb Jahre würden aber seiner Einschätzung nach wieder abebben. Zwar sei die Entwicklung in der Gewerbesteuer positiv, jedoch seien die Folgeansätze wieder auf eine realistische Größe herabzusetzen.

Herr Langer bescheinigt der Kämmerei gute und schnelle Arbeit. Er fragt nach dem Stand bezüglich des 1,5-Mio.-Ansatzes zum Thema Krankenhaus.

Herr Strack erklärt, dass in der Sache das Innenministerium involviert ist. Wann eine Entscheidung falle, sei unklar. Es werde aber deshalb keinen neuen Haushaltsentwurf geben. Wenn die Entscheidung komme und der Haushalt wurde bereits beschlossen, gebe es einen Nachtrag. Andernfalls finde die Angelegenheit erst im Haushalt 2008 Berücksichtigung.

Herr Dehnert fragt aufgrund der im November dramatisch geschilderten Situation, wovon das Krankenhaus zur Zeit lebe.

Der Bürgermeister verweist auf den Gesellschafterbeschluss, das Eigenkapital durch Forderungsverzicht um 1 Mio. Euro aufzustocken, wobei 400.000 Euro auf die Gemeinde und 600.000 Euro auf den Mehrheitsgesellschafter entfallen. Die Marienhaus GmbH habe diese Kapitalmaßnahme durchgeführt. Die Bilanz zum 31.12.2006 sei aufgrund dessen in Ordnung. Die Gemeinde könne aber erst nachziehen, wenn die kommunalaufsichtliche Klärung erfolgt sei.

Der Bürgermeister geht auf zwei noch nicht in den Entwurf eingearbeitete Sachverhalte für den Vermögenshaushalt ein, bei denen allerdings politische Entscheidungen noch herbeizuführen seien.

Die Erweiterung des Jugendcafés sei bisher im Haushalt noch nicht eingearbeitet. Zur Zeit werde geprüft, ob ein Ansatz für Planungskosten aufgenommen werde.

Weiter sei der mögliche Rückkauf des Erbbaurechtes im Bistro am Hermann-Weber-Bad mit einem Volumen von rund 60.000 bis 70.000 Euro angestrebt. Hier müsse eine andere Lösung gefunden und die Gemeinde wieder Herr des Verfahrens werden.

Herr Müller befürwortet in jedem Fall eine Finanzierung des Jugendcafés, da dies eine Co-Finanzierung mit dem Kreis (25 % Anteil) sei.

Herrn Müller fallen die vergleichsweise niedrigen Ansätze bei der Grundsteuer auf. Es gehe hier nicht um eine Erhöhung der Steuersätze. Vielmehr warte man auf die entsprechenden baulichen Aktivitäten.

Herr Strack erklärt, dass der Grundsteueransatz in 2006 nicht erreicht wurde. Nach wie vor seien Summen im Haushalt für den Ankauf bestimmter Grundstücksflächen vorgesehen, die für Bebauung urbar zu machen seien. So lange der Ankauf nicht erfolgt und eine Bebaubarkeit absehbar sei, könnten auch keine Prognosen hinsichtlich zu erwartender Grundsteuer abgegeben werden.

Herr Tandler spricht verschiedene Dinge an. So begrüßt er die angestrebten Bemühungen, Verbesserungen für das Bad-Bistro herbeizuführen. Das Thema Tourismus stehe heute ebenfalls auf der Tagesordnung und eine diesbezügliche infrastrukturelle Verbesserung sei dringend wünschenswert.

Des weiteren kritisiert Herr Tandler, dass der Ansatz für den vorgesehenen Ausbau des Waldweges in Irlenborn auf „0“ gesetzt wurde, obwohl es hier einen eindeutigen Ausbaubeschluss des Bauausschusses gebe. Der Vorsitzende des Bauausschusses habe dies zu Recht kritisiert.

Außerdem geht Herr Tandler auf den Referentenentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung ein, der u.a. die Senkung von Einwohnerschwellenwerte auf 20.000 Einwohner für die Installierung eigener Einrichtungen – u.a. eigene Jugendämter – vorsehe. Diese Senkung veranlasse möglicherweise noch mehr Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis als bisher, ein eigenes Jugendamt einzurichten. Dies wirke sich möglicherweise massiv auf den Solidarbeitrag der Gemeinde Eitorf aus.

Der Bürgermeister erklärt, dass zusammen mit dem Kreis und anderen Kommunen entsprechende Gespräche auch mit Vertretern des Innenministeriums und des Ministeriums für Generation, Familie, Frauen und Integration geführt wurden.

Herr Strack ergänzt, dass die Gemeinde Eitorf Leistungen in Höhe von 4,7 Mio. Euro im Jugendbereich beanspruche bei einer anteiligen Jugendamtsumlage von 3 Mio. Euro. In der Tat sei es so, dass sich bei Ausstieg mehrerer Kommunen ein anderer Verteilungsschlüssel ergeben würde. Im dramatischsten Fall könne passieren, dass die Gemeinde Eitorf zusätzlich 1,7 Mio. Euro zu leisten habe.

Bezugnehmend auf die Ausbaumaßnahme Waldweg, erklärt der Erste Beigeordnete Sterzenbach, dass ihm der detaillierte Sachverhalt nicht vorliege und er eine Antwort schriftlich nachreiche.

Anmerkung der Verwaltung:

*Im Haushalt 2006 waren für den Ausbau des Waldwegs 230.000 EUR angesetzt. Es war zunächst beabsichtigt, die Übertragung dieser Mittel in den Vermögenshaushalt 2007 vorzusehen. Ein Antrag der Anwohner auf provisorischen Eigenausbau führte zu einer Behandlung im Bauausschuss am 31.10.2006. Dieser folgte dem Anwohnerantrag nicht und beschloss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, auf Grundlage der vorhandenen Planung den Ausbau in 2007 zu betreiben. Der Beschluss stand ausdrücklich unter dem Vorbehalt der Finanzierung, also der Bereitstellung von Mitteln für diese Maßnahme im durch den Rat zu beschließenden Haushalt 2007.*

*Im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Investitionsprogramms hat die Verwaltung bei Einbringung des Haushaltsentwurfs zu dieser Maßnahme weder einen Ansatz gebildet noch eine Übertragung der Mittel aus 2006 vorgeschlagen, weil der Eigenanteil der Gemeinde zur Deckung anderer prioritärer Maßnahmen bzw. Minderung der Kreditaufnahme dienen sollte. Zwischenzeitlich liegt auch ein Antrag aus der CDU-Fraktion vor, den Anwohnern den provisorischen Eigenausbau zu ermöglichen. Dieser wird in der Sitzung des Bauausschusses am 22.02.2007 beraten werden, so dass die abschließende Entscheidung des Ausschusses noch in den Beschluss des Rates über den Haushaltsplan 2007 (beabsichtigt für den 05.03.2007) einfließen kann.*

Herr Langer spricht die mögliche Erweiterung des Jugendcafés an. Diese passe ja auch zum Antrag der Grünen bezüglich einer 3. Fachkraft. Außerdem möchte er wissen, in welcher Größenordnung sich mögliche Baukosten bewegen würden.

Unter Hinweis, dass die Stelle für das Jugendcafé den Verwaltungshaushalt betrifft, erklärt der Bürgermeister, dass diesbezüglich bereits Gespräche mit dem Rhein-Sieg-Kreis geführt würden.

Herr Strack ergänzt, dass man im Vermögenshaushalt ggf. 20.000 Euro für die Planung einstellen werde. Zu den Baukosten könne man im Moment noch keine seriösen Angaben machen, würden sich aber wahrscheinlich im sechsstelligen Bereich bewegen.

Herr Dehnert fragt, wieso der Ansatz für Gerichts- und Anwaltskosten unter Hst. 0200.6550.9 um 10.000 Euro erhöht wurde. Man habe mit dem Ersten Beigeordneten doch nun einen Juristen im Hause. Er fragt weiter, ob konkret vorliegende Fälle zur Erhöhung des Ansatzes geführt hätten.

Der Erste Beigeordnete bekräftigt, dass es sich um einen rein pauschalen Ansatz handele, dem keine konkreten Maßnahmen zugrunde lägen. Zunehmend sei aber nicht nur juristischer Sachverstand gefragt, sondern auch im betriebswirtschaftlichen und steuerrechtlichen Bereich. Dies sei auch schon in Gremien wie dem Ältestenrat thematisiert worden. Herr Strack ergänzt,

dass der Ansatz ggf. auch im Hinblick auf die Einrichtung einer Anstalt öffentlichen Rechtes in Anspruch genommen werden müsse, da man auch hier externen Sachverstand benötige.

Herr Strack erklärt, dass die Gemeindeprüfungsanstalt mit der Prüfung fertig ist. Das Ergebnis werde in einer Veranstaltung am Dienstag, dem 27.02.2007 um 16.00 Uhr im Rathaus vorgestellt. Es sei vorgesehen, auch die Mitglieder des Hauptausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses hierzu einzuladen.

Herr Müller regt an, auch die Mitglieder der NKF-Arbeitsgruppe einzuladen.

Zum Ende der längeren Aussprache geht Herr Strack noch einmal auf den Haushaltsentwurf ein. Bis auf die im Deckblatt der Tischvorlage genannten Änderungen sowie der angedachten Maßnahmen Jugendcafé und Bistro-Bad werde es keine Änderungen im Haushaltsentwurf geben. In den nächsten Tagen werde der Entwurf überarbeitet und neu gedruckt. Noch im Februar werde der neue Entwurf herausgegeben. Seitens der CDU-Fraktion wird gebeten, den korrigierten Entwurf noch vor dem 24. Februar zu verteilen. An diesem Tag habe man Haushaltsklausurtagung.

Auf Frage von Herrn Dehnert erklärt Herr Strack, dass eine erneute Vorberatung des kommenden Entwurfes nicht mehr im Hauptausschuss erforderlich ist. Herr Strack erklärt, dass der eigentliche Entwurf vorliege, dieser allenfalls modifiziert werde. Im übrigen lägen die sich ergebenden Änderungen in der heutigen HA-Sitzung auf dem Tisch und dienten als Beratungsgrundlage. Das Verfahren sei korrekt.